

Doris Barnett

2005 – 2008



Tätigkeitsbericht
vorgelegt der
Wahlkreiskonferenz des Bundestags-Wahlkreises 208
am 22. Oktober 2008

Dieser Geschäftsbericht kann nur eine Kurzfassung der Tätigkeit der letzten Jahre sein. Für ausführlichere Informationen, z.B. Presseberichte, Reden, Aktionen usw., empfehle ich einen Blick in die homepage:

www.doris-barnett.de

22. Oktober 2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

der 16. Deutsche Bundestag wurde am 18. Oktober 2005 konstituiert.

Es war das dritte Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, als am 18. September 2005 die Bürgerinnen und Bürger in vorgezogenen Neuwahlen zu entscheiden hatten, vom wem sie künftig repräsentiert und regiert werden wollten. Zuvor war durch die verlorene Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 22. Mai 2005 und das damit veränderte Kräfteverhältnis im Bundesrat die Handlungsfähigkeit der rot-grünen Bundesregierung massiv eingeschränkt worden. Die Neuwahlen gingen für uns entgegen aller Unkenrufe nur knapp verloren. Die SPD geriet dadurch in eine schwierige Position. Galt es doch, sich jetzt mit der CDU/CSU auf ein gemeinsames Regierungsprogramm in einer großen Koalition zu einigen.

Wegen der völlig neuen Situation der großen Koalition war die laufende Wahlperiode allerdings auch für mich voller neuer Herausforderungen und mit viel Arbeit verbunden. Als Mitglied der „Koalitionsrunde Wirtschaft“ verhandelte ich unter anderem mit dem zunächst vorgesehenen Wirtschaftsminister Stoiber, zum Schluss mit dem gewordenen Minister Glos über die Ausrichtung der gemeinsamen Strategie in Sachen Wirtschaft. Die große Herausforderung war die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die erst zu diesem Zeitpunkt in die Gänge kommende Konjunktur. Das hatte damals schon mit den Umständen zu tun, mit denen wir auch heute umzugehen haben: dem größer gewordenen Europa. Seit Mai 2004 bestand die Europäische Union aus 25 Staaten, da zu diesem Zeitpunkt 10 weitere Länder neue Mitglieder geworden waren. Am 1. Januar 2007 traten dann Rumänien und Bulgarien bei. Da gab es viele Befürchtungen. Allerdings verursachte der EU-Beitritt in diesen Ländern ein rasantes Wirtschaftswachstum: in Polen zum Beispiel stiegen die Löhne seither um 40 Prozent.

Vieles, was wir beraten und beschließen, hat mit diesen veränderten Lebensbedingungen in Europa zu tun. Was wir, die politisch Verantwortlichen, nun besonders im Blick haben müssen, sind die Auswirkungen auf die sozialen Standards. Es ist nicht schwierig, den Menschen klar zu machen, dass hohe soziale Standards die Messlatte für alle EU-Staaten sein müssen. Die Arbeitnehmer sehen das sehr schnell alle ein. In den Chefetagen dagegen hat man sich aber gut eingerichtet, da fand man zunächst die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit in Europa deswegen positiv, weil es billigste Arbeitskräfte gab. Der Aufschwung in den Beitrittsstaaten führte jedoch auch dort zu Fachkräftemangel. Bei den Saisonarbeitern werden die Landwirte höhere Löhne anbieten müssen, was sich auch auf den Preis der Lebensmittel auswirken wird. Alles in allem macht mir die gesamte Entwicklung in Europa Hoffnung darauf, dass unsere Bemühungen um Mindestlöhne, um gute Sozialgesetze, um bessere Bildungschancen in allen europäischen Mitgliedsstaaten erfolgreich sein werden.

Ein Erfolg in unserem Land, den wir inzwischen auf der ganzen Linie sehen, ist bei der Einstellung zu Kindern und Jugendlichen zu verzeichnen. Inzwischen haben auch die Konservativen begriffen, was die Menschen wollen. Unser ureigenstes sozialdemokratisches Anliegen, die Erziehung und Bildung der Kinder als Zukunftsvorsorge und Zukunftssicherung in die Verantwortung der öffentlichen Hand zu legen, kommt jetzt voll zum Tragen. Gegen anfängliche Widerstände unseres

Koalitionspartners haben wir den Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr und eine dauerhafte Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Kindertagesstätten durchgesetzt, was die Agenda 2010 bereits beinhaltete. Wir haben die Weichen gestellt für bessere Qualität in der Kinderbetreuung, Chancengleichheit in der Bildung und ein verlässliches Angebot in ganz Deutschland.

In den letzten Jahren habe ich aus dem Wahlkreis viele Hinweise, Anregungen und kritische Anmerkungen erhalten, die für meine Arbeit in Berlin wichtig waren. Dafür will ich mich heute bei allen ausdrücklich bedanken. Von den vielen meiner motivierten und außergewöhnlich engagierten Wegbegleiter, deren Rat und Kritik ich nicht missen möchte, darf ich hier einmal drei benennen: es sind Gertrud Hellwig aus Rödersheim-Gronau (in Sachen soziale Brennpunkte), Roland Brendel aus Neuhofen (in Sachen Gesundheitswesen) und Werner Gruber aus Frankenthal-Mörsch (in Sachen Rentenpolitik). Es würde den Umfang dieses Berichtes sprengen, sie alle auch nur halbwegs zu benennen.

Zum Schluss, aber deshalb nicht weniger wichtig, gilt mein aufrichtiger Dank meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Ludwigshafen und Berlin, ohne die ich das stetig steigende Arbeitsvolumen – zum Teil von mir verursacht, weil ich vor keiner Aufgabe zurückschreke, zum Teil den zunehmenden Problemen in unserer Gesellschaft geschuldet – nicht bewältigen könnte. Sie organisieren meinen Zeitplan und sorgen dafür, dass ich möglichst viele Termine im Wahlkreis wahrnehmen kann. Und sie sind immer ansprechbar für Anliegen aus dem Wahlkreis, seien es Probleme mit Behörden oder Anfragen bezüglich eines Berlin-Besuches.

Für den Auftrag, auf diesem Weg erfolgreich weiter zu wirken, über Zuspruch und unterstützende Begleitung, möchte ich mich bereits an dieser Stelle bei allen bedanken, die dazu beitragen.



Rückblick:

Am Abend des 18. September 2005 konnte ich mich mit den Genossinnen und Genossen riesig freuen: ich hatte den Bundestagswahlkreis 209 – Ludwigshafen/ Frankenthal wieder direkt gewonnen.

43,3 Prozent der Erststimmen gingen an mich. Die SPD erhielt 37,4 Prozent der Zweitstimmen. Die Mitbewerberin der CDU hatte 39,7 Prozent der Erststimmen erhalten. Die CDU erhielt 33,7 Prozent.

Ohne den unermüdlichen Einsatz der Aktiven in den Ortsvereinen, den Arbeitsgemeinschaften, Betriebsgruppen und zahlreicher weiterer Menschen, die meine Kandidatur unterstützt haben, wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen. Ich weiß, dass der Gewinn des Wahlkreises für die meisten der schönste Lohn für ihre Arbeit ist. Dennoch: mein besonderer Dank geht auch heute noch an alle Helferinnen und Helfer! Ihr Einsatz war nicht selbstverständlich, er war ganz persönlich und kam aus vollem Herzen. Die alte Erkenntnis gilt auch weiterhin: Nur gemeinsam wird es uns auch dieses Mal wieder gelingen, „LU-FT“ zu holen. Für das große Engagement auch im vor uns liegenden Wahlkampf bedanke ich mich schon jetzt bei allen Engagierten, Freiwilligen und Mitstreitern!

Doris Barnett besucht Plant Science in Limburgerhof mit Genossinnen und Genossen aus dem Unterbezirk und dem Landtag

„Ich will nicht überrumpeln, sondern überzeugen, erst recht bei einem so kritischen Thema wie Biotechnologie“, so Doris Barnett, hier im Bild mit David Langner, MdB, Gisela Werle-Schneider und Dr. Kast, Plant Science.



Die Ergebnisse der Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag

Bewerber im Wahlkreis 209 Ludwigshafen / Frankenthal:

Partei	Name des Bewerbers / der Bewerberin	Beruf	Geburtsjahr	kandidiert auch auf dem Listenplatz
CDU	Böhmer, Prof. Dr. Maria	Professorin	1950	RLP (Platz 2)
SPD	Barnett, Doris	MdB, Juristin	1953	RLP (Platz 2)
FDP	Marohn, Ralf	Unternehmensberater	1967	RLP (Platz 9)
GRÜNE	Alt Vater, Walter	Programmierer	1952	RLP (Platz 8)
Die Linke.	Sondermann, Wolfram	Freiberufler	1962	RLP (Platz 14)
REP	Steigert, Otto Albert	Selbstständiger	1946	
NPD	Neumann, Ronald	Koch	1958	
MLPD	Stockert, Magdalena Gertrud	Sachbearbeiterin	1947	RLP (Platz 2)

Wahlergebnis für den Wahlkreis 209:

	<i>Bundestagswahl 2005</i>			
	<i>Erststimmen</i>		<i>Zweitstimmen</i>	
	<i>Anzahl</i>	<i>%</i>	<i>Anzahl</i>	<i>%</i>
Wahlberechtigte	216.306		216.306	
Wähler	169.870	78,5	169.870	78,5
Ungültige Stimmen	4.002	2,4	3.722	2,2
Gültige Stimmen	165.868	97,6	166.148	97,8
CDU	65.848	39,7	56.038	33,7
SPD	71.775	43,3	62.072	37,4
FDP	7.331	4,4	17.301	10,4
GRÜNE	5.885	3,5	11.585	7,0
Die Linke	7.509	4,5	9.624	5,8

Gewählt: Doris Barnett, SPD

Zum Vergleich:

Bundesergebnis

Gegenstand der Nachweisung	Erststimmen			Zweitstimmen		
	Anzahl	%	Diff. zu 2002 in %	Anzahl	%	Diff. zu 2002 in %
Wahlberechtigte	61870711	-	-	61870711	-	-
Wähler	48044134	77,7	-1,4	48044134	77,7	-1,4
Ungültige	850072	1,8	0,2	756146	1,6	0,4
Gültige	47194062	98,2	-0,2	47287988	98,4	-0,4
SPD	18129100	38,4	-3,5	16194665	34,2	-4,3
CDU	15390950	32,6	0,6	13136740	27,8	-1,7
CSU	3889990	8,2	-0,8	3494309	7,4	-1,6
GRÜNE	2538913	5,4	-0,3	3838326	8,1	-0,4
FDP	2208531	4,7	-1,1	4648144	9,8	2,5

Mit dem Erststimmenergebnis lag ich über dem Bundesdurchschnitt aller Erststimmen. Dabei sollte laut Umfrageergebnis der Wahlkreis verloren gehen. Es zeigt sich also: Einsatz lohnt sich immer! In Ludwigshafen konnte ich einen deutlichen Vorsprung vor Maria Böhmer herausholen. Das Erststimmenergebnis im gesamten Stadtgebiet brachte mir einen Vorsprung von beinahe zehn Prozent vor der CDU-Bewerberin, in der Pfingstweide waren es sogar 23,9 Prozentpunkte. Die Erststimmen in der Stadt Ludwigshafen lagen aber auch 6,8 % über denen der Partei.

Gebiet: Stadt Ludwigshafen am Rhein

Wahlberechtigte: 103.937

Wähler: 77.655

Wahlbeteiligung: 74,7%

	Bundestagswahl 2005			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	103.937		103.937	
Wähler	77.655	74,7	77.655	74,7
Ungültige Stimmen	1.827	2,4	1.761	2,3
Gültige Stimmen	75.828	97,6	75.894	97,7
CDU	27.424	36,2	23.593	31,1
SPD	34.841	45,9	29.672	39,1
FDP	2.832	3,7	6.988	9,2
GRÜNE	2.462	3,2	5.295	7,0
DIE LINKE	3.994	5,3	5.147	6,8
und weitere Parteien...				

Stadtteil-Ergebnisse Ludwigshafen

Stadtteil	Erststimmen		Zweitst.			Erststimmen		Zweitst.	
	SPD	CDU	SPD	CDU		SPD	CDU	SPD	CDU
Mitte	45,0	35,1	37,6	29,7	Pfingstweide	53,5	29,1	47,3	24,7
Süd	45,1	35,9	36,8	30,2	Oggersheim	41,6	40,2	35,8	34,4
Nord-Hemshof	50,9	28,3	42,5	24,0	Ruchheim	42,4	41,3	35,2	35,0
West	47,7	29,8	42,2	24,5	Gartenstadt	46,9	34,3	40,5	30,5
Friesenheim	45,5	38,1	38,2	33,2	Maudach	42,8	42,3	35,8	36,2
Oppau	48,6	34,8	42,9	29,5	Mundenheim	44,7	36,1	38,1	30,4
Edigheim	50,9	32,3	44,3	28,2	Rheingönheim	45,8	38,5	38,6	34,5

In der Stadt Ludwigshafen konnte ich wie schon bei den letzten Bundestagswahlen in allen Wahlbezirken die meisten Stimmen aller Bewerber erzielen. Das beste Ergebnis gelang im Stadtteil Pfingstweide, wo ich 53,5% der Erststimmen holte, gefolgt von den Stadtteilen Hemshof/Nord und Edigheim, die mit 50,9% gleichauf lagen. In Oppau fielen 48,6% der abgegebenen Stimmen auf mich, in West 47,4%, in der Gartenstadt 46,9%.

Umgekehrt sah leider das Ergebnis in Frankenthal aus. Obwohl das Ergebnis für mich recht gut war, blieb ich letztlich mit einem Rückstand von 5,3 Prozentpunkten hinter der Kandidatin der CDU.

Gebiet: Stadt Frankenthal

Wahlberechtigte: 34.278

Wähler: 26.218

Wahlbeteiligung: 76,5%

Stadt Frankenthal	Bundestagswahl 2005			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	34.278		34.278	
Wähler	26.218	76,5	26.218	76,5
Ungültige Stimmen	691	2,6	636	2,4
Gültige Stimmen	25.527	97,4	25.582	97,6
CDU	11.475	45,0	9.689	37,9
SPD	10.126	39,7	8.990	35,1
FDP	1.008	3,9	2.552	10,0
GRÜNE	851	3,3	1.710	6,7
DIE LINKE	1.113	4,4	1.371	5,4
und weitere Parteien..				

In den einzelnen Gemeinden des Rhein-Pfalz-Kreises, die zum Wahlkreis Ludwigshafen/Frankenthal gehören, gab es folgende Ergebnisse:

Ergebnisse Kreisgemeinden

Ort	Erststimmen		Zweitst.			Erststimmen		Zweitst.	
	SPD	CDU	SPD	CDU		SPD	CDU	SPD	CDU
Altrip WB 6.117	43,4	36,4	36,8	30,2	Rödersh.-Gronau WB 2.265	32,8	51,5	28,4	44,8
Bobenh.-Roxh. WB 7.869	42,2	43,0	37,6	37,1	Beindersheim WB 2.281	39,3	44,8	36,1	38,8
Böhl-Iggelheim WB 8.535	44,7	37,7	38,7	32,9	Großniedesheim WB 988	43,5	40,4	40,5	31,7
Lambsheim WB 4.664	42,5	39,6	37,9	32,0	Hessheim WB 2.458	46,8	38,6	41,6	34,0
Limburgerhof WB 8.496	39,4	45,0	32,1	36,8	Heuchelheim WB 974	40,9	42,7	37,3	36,1
Mutterstadt WB 9.545	40,9	43,5	35,9	36,9	Kleinniedesheim WB 673	41,0	40,2	35,7	29,3
Neuhofen WB 5.716	42,6	36,6	37,6	31,7	Birkenheide WB 2.436	43,8	38,9	39,2	31,5
Dannst.-Schau. WB 5.462	36,7	47,2	31,3	39,6	Fußgönheim WB 1.863	45,8	39,3	39,4	32,3
Hochdorf-Ass WB 2.269	33,7	49,4	28,8	42,1	Maxdorf WB 5.457	45,0	39,1	38,7	31,2

In den einzelnen Gemeinden des Rhein-Pfalz-Kreises hielt sich die Zahl der gewonnenen Bezirke die Waage. Sowohl ich als auch meine CDU-Mitbewerberin gewannen in jeweils 9 Gemeinden. Mein bestes Ergebnis erzielte ich in Hessheim mit 46,8 % - einem Vorsprung von 8,2 Prozentpunkten gegenüber der CDU-Bewerberin. Allerdings weiß ich sehr genau, wo ich noch nachlegen muss: in Rödersheim-Gronau und Beindersheim. Gemeinsam mit den dortigen Genossinnen und Genossen will ich für einen besseren Wahlausgang arbeiten.

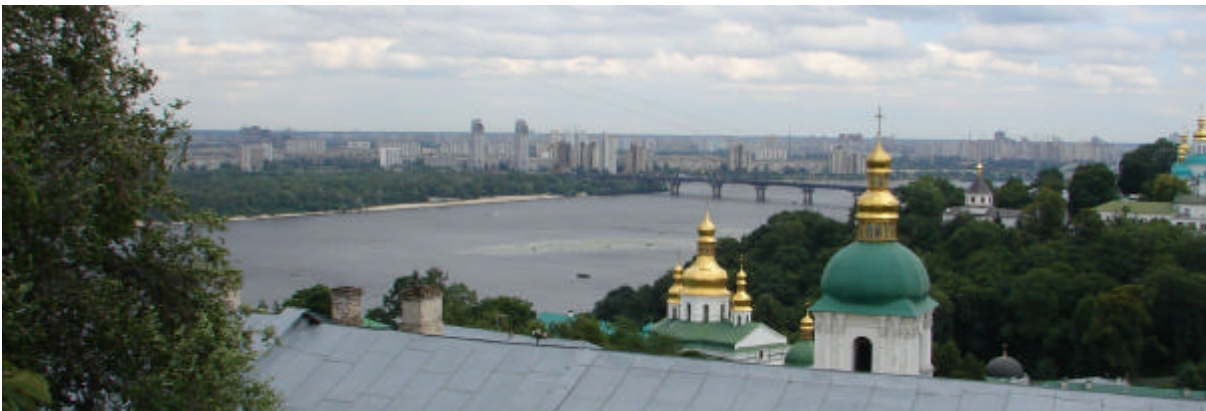
Neue Aufgaben

Mit dem Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“ besucht Doris Barnett (ganz rechts) nicht nur den Osten der Republik; auch Regionen im Westen – wie hier das Emsland – brauchen noch die eine oder andere Unterstützung durch den Bund.



Mit der Konstituierung des 16. Deutschen Bundestages und den sich daraus ergebenden Veränderungen wurde ich mit den folgenden Positionen betraut:

- Vorsitzende des Unterausschusses „Regionale Wirtschaftspolitik“,
 - ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie,
 - stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss, im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
 - Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe und Mitglied der deutsch-chinesischen, der deutsch-israelischen, der deutsch-japanischen und der deutsch-ungarischen Parlamentariergruppen.
- Mitglied der Ältestenratskommission für Mitarbeiterangelegenheiten. Seit kurzem gehöre ich zu den Abgeordneten, die die Schriftführungsfunktion während der Plenarsitzungen wahrnehmen.



die OSZE-Parlamentarierversammlung tagte 2007 in Kiew

Darüber hinaus habe ich folgende Aufgaben in internationalen Gremien übernommen:

- Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Mitglied im Wirtschaftsausschuss
- Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses,
- Mitglied der Versammlung der WEU (Interparlamentarische europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung) und Vorsitzende des Haushaltsausschusses,
- und stellvertretendes Mitglied der Interparlamentarischen Union.



Die Jahrestagung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) 2007 fand in Kiew statt. Der Sitzungssaal – im Bild links – wirkt für unsere Augen nahezu genauso exotisch wie ein Blick über die frisch vergoldeten Kuppeln der Stadt (im Bild auf der vorbegehenden Seite).

Weitere OSZE-Tagungen seit 2005 fanden unter anderem in Wien, Brüssel, Malta und Kasachstan statt.

Die OSZE-Versammlung sieht ihre Hauptaufgaben darin,

- den interparlamentarischen Dialog zu erleichtern,
- die Arbeit der OSZE-Exekutive parlamentarisch zu begleiten,
- die Umsetzung der Ziele der OSZE durch die Mitgliedsstaaten zu beurteilen,
- die Themen, die im Ministerrat und auf Gipfeltreffen von Staats- und Regierungschefs angesprochen wurden, zu diskutieren
- Mechanismen zur Konfliktprävention und Konfliktlösung zu entwickeln und zu unterstützen
- den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE Teilnehmerstaaten zu unterstützen und
- zur Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE beizutragen.

Anlässlich der einmal jährlich stattfindenden Jahrestagungen befasst sich die Versammlung mit OSZE-relevanten Fragestellungen und verabschiedet dazu Empfehlungen, die sich an die Regierungen und Parlamente der OSZE-Teilnehmerstaaten sowie an die OSZE-Exekutive richten. In ihren bisherigen Erklärungen hat die Parlamentarische Versammlung nicht nur zu zahlreichen aktuellen politischen Fragen entschieden Stellung bezogen, sondern auch Anregungen und Empfehlungen gegeben, die von der OSZE-Exekutive bei ihrer Arbeit berücksichtigt werden sollen.

Mein Einsatz im Wirtschaftsausschuss führte schon mehrfach dazu, die politischen Ziele Deutschlands mit zu berücksichtigen. Zum Beispiel wurde im Zusammenhang mit dem Thema Menschenhandel und den Menschenrechten Deutschland im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2006 scharf angegangen und sollte in einer Resolution verurteilt werden, weil bei uns angeblich die Prostitution gefördert würde. Hier den Kolleginnen und Kollegen der anderen OSZE-Mitgliedsstaaten zu erklären, welche Position die Bundesrepublik zum Thema Prostitution einnimmt, wie bei uns die gesetzlichen Regelungen sind und auch funktionieren, dass wir uns mit den Interessenverbänden der Frauen zusammensetzen, war ein hartes Stück Arbeit. Denn ich möchte nicht, dass meine Arbeit im deutschen Parlament zu diesem Thema unverstanden bleibt.

Mit besonderem Nachdruck haben wir uns in der Versammlung für die parlamentarische Beobachtung von Wahlen eingesetzt, insbesondere in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Die Anwesenheit von parlamentarischen Wahlbeobachtern unterstreicht, wie wichtig die Parlamente als institutionelles Gegengewicht zu den Regierungen sind. Seit 1997 kooperieren wir mit dem Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) bei Wahlbeobachtungsmissionen.

Zu den Sitzungen der **Parlamentarischen Versammlung des Europarates** fahre ich regelmäßig nach Straßburg. Vier Mal im Jahr treffe ich mich dort für eine Woche mit Parlamentariern und Parlamentarierinnen aus den 47 Mitgliedsstaaten des Europarates. Kanada, Israel und Mexico haben hier Beobachterstatus.

Der Europarat versteht sich als das „demokratische Gewissen“ Europas. Er wurde bereits 1949 gegründet und ist somit älter als die Institutionen der Europäischen Union. Seine parlamentarische Versammlung ist die größte ihrer Art in Europa. Der Rat und seine Parlamentarische Versammlung haben sich zum Ziel gesetzt, in ganz Europa gemeinsame demokratische Prinzipien zu entwickeln. Als Grundlage dient ihnen dabei die Europäische Konvention für Menschenrechte, über deren Einhaltung in den Mitgliedsstaaten der Rat wacht. Der Europarat überwacht z.B. Wahlen und überprüft, ob diese nach demokratischen Kriterien durchgeführt werden. Er beschäftigt sich auch mit den großen gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen alle europäischen Länder stehen. Ziel ist es, gemeinsame Lösungen und Standpunkte zu finden für Probleme wie die Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Terrorismus, Menschenhandel, organisierte Kriminalität und Korruption oder Gewalt gegen Kinder.

Jedes Mitgliedsland entsendet gewählte Parlamentarier; Deutschland ist entsprechend den Stärkeverhältnissen im Parlament mit 18 Delegierten dort vertreten, und wir arbeiten in 12 Ausschüssen. Diese erstellen Berichte und schlagen Anträge zur Beschlussfassung vor. Ich bin derzeit für eine Berichterstattung in Sachen „Teller oder Tank“ (Growing food or fuel) zuständig.

Die Parlamentarische Versammlung befasst sich aber auch mit aktuellen Ereignissen, so etwa mit der Finanz- und Bankenkrise. Zu diesem Thema konnte ich für den Wirtschaftsausschuss am 1. Oktober im Plenum der Versammlung das Wort ergreifen. In meiner Rede forderte ich bereits zu dem Zeitpunkt umfangreiche Regulierungen des Finanzmarktes auf internationaler Ebene. Der Staat darf sich nicht immer weiter aus dem wirtschaftlichen Geschehen zurückziehen. Wir sind es den Menschen schuldig, ein gerechtes Finanzsystem zu etablieren, in dem eben nicht die Gewinne privatisiert, die Risiken aber sozialisiert werden. Wichtig ist, dabei nicht nur das aktuelle Geschehen, sondern ebenso die künftigen Entwicklungen im Blick zu haben. Nur eine faire Handelspartnerschaft mit den Entwicklungsländern und ein gemeinsames Erarbeiten von Lösungen können helfen, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Die Sitzungen des Wirtschaftsausschusses finden an unterschiedlichen Orten statt. Weil auch lokal Handelnde für Gespräche, besonders aber für Nachfragen zur Verfügung stehen, sind diese Tagungen auch für mich sehr wichtig, um Wirtschaftsprobleme direkt zu erkennen und anzusprechen.

Anfang Juni 2008 auf einem Schiffsausflug nahe Tromsø. Bei den Gesprächen vor Ort wurde deutlich, dass hoch im Norden die Zusammenarbeit der Norweger mit ihren russischen Nachbarn sehr intensiv ist, besonders weil der „kleine Grenzverkehr“ seit Jahren in beide Richtungen bestens funktioniert. Die Entdeckung neuer Ölfelder in der Arktis birgt neuen Gesprächsbedarf.



Auch in der laufenden Wahlperiode war ich als Politik-Referentin unterwegs, insbesondere für die Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Im September 2006 nahm ich an einer Veranstaltung der **Friedrich-Ebert-Stiftung** in Shanghai teil. Im Juli dieses Jahres nahm ich am Dritten EU-Parlamentariendialog der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ljubljana, Slowenien teil; im Jahr davor fand das Seminar in Lissabon statt.

In der **SPD-Fraktion** gehöre ich dem Fraktionsvorstand an und arbeite in folgenden Arbeitsgruppen mit:

- in der Arbeitsgruppe Aufbau Ost,
- in der Arbeitsgruppe Existenzsichernde Löhne
- und in der Arbeitsgruppe Weltwirtschaft.

Im Fraktionsvorstand selbst werden die anstehenden und aktuellen Themen besprochen und Lösungen diskutiert. Hier prallen am heftigsten die Meinungen aufeinander. Mir ist es wichtig, gerade auch Überlegungen aus Rheinland-Pfalz dezidiert einzubringen, beispielsweise bei der Diskussion der Betreuung der unter 2jährigen.

Reden im Parlament

Auch in der laufenden Wahlperiode vertrat ich meinen Standpunkt mehrfach im Plenum. Besondere Schwerpunkte waren dabei Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Am 8. November 2006 redete ich zum Thema "Neue Entwicklung am Arbeitsmarkt: Deutlicher Rückgang der Erwerbslosenzahl, mehr Beschäftigung und Entlastung der öffentlichen Haushalte." Weitere Themen waren u.a. die Beteiligung der Arbeitnehmer am Erfolg und Kapital von Unternehmen, die Umsetzung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie, die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, die Umsetzung des Nationalen Reformprogramms 2008 bis 2010 oder die Einführung des Elektronischen Entgeltnachweises (ELENA).

Das Parlament im Wahlkreis

Schon eine gute Gepflogenheit ist der Stand des Deutschen Bundestages auf dem Mai-Markt in Mannheim. Gerne nehme ich mir jedes Mal Zeit, an zwei oder drei Tagen für einige Stunden am Infostand Rede und Antwort zu stehen. Da kommen Bürgerinnen und Bürger, aber auch Schulklassen aus dem Wahlkreis und informieren sich, diskutieren und kritisieren. Der Stand auf dem Mai-Markt gibt immer ein gutes Stimmungsbild ab.

Die Ausstellung „Der Deutsche Bundestag“ konnte ich unter anderem im Jahr 2006 wieder nach Ludwigshafen holen. Sie bietet Wissenswertes über die deutsche Volksvertretung und das Zustandekommen von Gesetzen. Zusätzlich zu diesen öffentlichen Präsentationen war im Mai 2007 eine große Ausstellung „Europa wird 50“ in Ludwigshafen zu sehen.

Wichtige Themen

Auch in dieser Wahlperiode konnte ich wieder wichtige Themen aus Berlin direkt in den Wahlkreis transportieren und vor Ort vorstellen. Bei Firmenbesuchen, in Gesprächen und Veranstaltungen mit Betroffenen ist es mir wichtig, sowohl anstehende politische Entscheidungen zu diskutieren, um frühzeitig deren Folgen abschätzen zu können, als auch die Wünsche und Erfordernisse der Einwohnerinnen und Einwohner des Wahlkreises aufzunehmen. Umgekehrt sind die viele Hinweise, Erkenntnisse und Anregungen aus dem Wahlkreis von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Entscheidungsfindung in Berlin.

Arbeit und Beruf

Ein europäisches Thema, das noch lange aktuell sein wird, ist der Arbeitsmarkt und alles, was damit zusammenhängt. Denn die Auswirkungen verschiedener Richtlinien, die in die nationalen sozialpolitischen Gesetzgebungen eingreifen, sind groß. In der laufenden Legislaturperiode war das **Entsendegesetz** der „Dauerbrenner“. Schließlich hat sich die EU gewaltig vergrößert, zuletzt am 1.1.2007 um die Länder Rumänien und Bulgarien. Mit dem Entsendegesetz wird sichergestellt, dass für bestimmte Branchen und Arbeiten Mindestlöhne gelten, und zwar sowohl für die einheimischen als auch für alle anderen Arbeitnehmer, wenn sie nach Deutschland entsandt werden. Damit wird Lohndumping vorgebeugt, der Wettbewerb, auf den die EU-Kommission ja so großen Wert legt, nicht verzerrt. Vor allem der einheimische Mittelstand profitiert davon, weil er trotz seiner hohen Qualität bei der Auftragsvergabe nicht benachteiligt wird, selbst wenn seine Löhne etwas höher liegen.

Im Wahlkreis machen sich die mit Europa zusammenhängenden Veränderungen gerade auch in der Landwirtschaft bemerkbar. **Erntehelfer**, die bis vor kurzem hauptsächlich aus Polen kamen, können inzwischen daheim ihr Auskommen finden. Die rumänischen und bulgarischen Erntehelfer, die jetzt zunehmend angeworben werden, sagen nun auch immer öfter ab, weil in ihren Heimatländern Fachkräfte rar werden und sie somit einen Arbeitsplatz mit ausreichendem Einkommen finden. Seit vielen Jahren schon treffe ich mich mit Vertretern der Landwirtschaft, um über Wege zu einer befriedigenden Lösung zu diskutieren. Denn vom intensiven Gemüseanbau im Wahlkreis erwartet der Einzelhandel, besonders aber die Supermarktketten, zuverlässige Ernten - und das bedeutet auch: verlässliche Erntehelfer. Der Verweis auf ungelernete Arbeitslose nützt da wenig.



Doris Barnett in August 2008 mit dem dem Vorsitzenden der Gemüsebauern Hermann Reber bei einem Treffen mit Landwirten aus der Region.

Ein anderes Thema, das den Wahlkreis berührt, sind Berufsaussichten. Seit kurzem muss ein Mangel an qualifizierten Ingenieuren festgestellt werden. Und das in einem Wahlkreis, in dem der Maschinenbau einen hohen Stellenwert hat. Dazu hatte ich einen „**Runden Tisch Ingenieure**“ angeregt, bei dem sich Vertreter der Arbeitsagentur und Firmenvertreter über Lösungsmöglichkeiten austauschten.

In regelmäßigen Abständen lade ich zur **Betriebsrätekonferenz** ein, um mit den Vertretern der Arbeitnehmerschaft und den Gewerkschaften zu diskutieren. Durch die Einführung einer Europäischen Aktiengesellschaft (SE) wird auch die Mitbestimmung für diese Unternehmen neu definiert. Ich bin froh, dass auf nationaler Ebene derzeit weder Mitbestimmung noch Kündigungsschutz ernsthaft angegriffen werden. Damit das so bleibt, arbeite ich für ein gutes Wahlergebnis der SPD, denn nur eine starke SPD garantiert einen guten Arbeitnehmerschutz!

Schließlich ist das Thema Arbeit und Beruf für jeden Menschen eine Frage der Existenz. Das zeigt sich auch an den Problemen bezüglich des **Arbeitsplatzes** oder des **Ausbildungsplatzes**, mit denen die meisten Hilfesuchenden in mein Bürgerbüro in der Maxstraße kommen. Auch wenn wir im Bürgerbüro selbst keine Stellen vermitteln können, so ist mein Team doch immer bestrebt, den Hilfe Suchenden auch in schwierigsten Lagen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Mit dem europapolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Axel Schäfer, besuchte ich am 21. Oktober 2008 die BASF, um in einer Diskussionsrunde über „**Gute Arbeit in Europa**“ zu sprechen. Viele Entscheidungen, die unser tägliches Leben betreffen, werden nämlich schon längst auf europäischer Ebene getroffen. Da ist es wichtig zu wissen, wer für was zuständig ist, sich über neue Entwicklungen zu informieren und Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.

Gleichstellung

Doris Barnett, zweite von links, mit der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Karin Evers-Meyer MdB, bei einem Besuch der Ludwigshafener Werkstätten für Behinderte im Juli 2009 (ganz rechts: Jutta Steinruck, MdL).



Bereits im Jahre 2002 hat die damalige rot-grüne Bundesregierung das neue Behinderten-Gleichstellungsgesetz verabschiedet und in Kraft gesetzt. Seit Mitte 2006 gilt daneben auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Beide haben das Ziel, in allen Lebensbereichen gleichwertige Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen.

Ich habe mich auf diesem Gebiet seit Jahren engagiert. Als Mitglied der IBF (Interessengemeinschaft der Behinderten und ihrer Freunde) halte ich ständigen Kontakt mit den Betroffenen vor Ort und der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung. In Frankenthal nehme ich mich besonders der Gehörlosen an, die wichtige Anliegen haben, die von Hörenden aber oft nicht erkannt werden: mehr Sendungen mit hohem Informationsgehalt (z.B. Wissenschaftssendungen) im Fernsehen mit Untertiteln zu versehen. Mein nächstes Engagement gilt den mehrfach schwerstbehinderten Menschen. Denn ich weiß: nur 6 % der Behinderten kommen mit einer Behinderung zur Welt. Alle anderen erfahren diesen Schicksalsschlag im Laufe ihres Lebens. Und so kann es jeden treffen – auch mich selbst. So, wie ich dann selbst behandelt werden will, will ich heute mit den Betroffenen umgehen.

Bio-Technologie - Grüne Gentechnik

Wissenschaft und Forschung bieten in der Metropolregion hochwertige Arbeitsplätze. Die *BASF Plant Science* ist auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes, der Pflanzenzüchtung, aber auch der Genforschung ganz vorne mit dabei. Bei verschiedenen Terminen und Besuchen habe ich diese Forschungseinrichtung in Limburgerhof und deren Tätigkeitsfelder Interessierten bekannt gemacht.

Ich setzte dabei auf einen Dialog zwischen Gegnern und Befürwortern der Gentechnik. Vor dem Hintergrund der Zukunftsprobleme - wachsende Weltbevölkerung und schrumpfende Energievorräte - müssen wir zu einer für alle Seiten akzeptablen Lösung kommen. Für Anfang 2009 plane ich ein Gespräch zwischen Plant Science und Bio-Landwirten. Als ich einen Bio-Bauernhof im Sommer 2008 in Frankenthal-Eppstein besuchte, hatte ich Gelegenheit, mich mit seinen Produkten und den dafür erforderlichen strengen Anbauvorschriften bekannt zu machen.

Es ist mir wichtig, dass das Thema Pflanzenbiotechnologie sachlich diskutiert wird. Deshalb interessiere ich mich auch für die Forschung auf diesem Gebiet, um möglichst viele Informationen zu sammeln, auf deren Grundlage dann diskutiert und entschieden werden kann. Das ist auch der Grund, warum ich die Patenschaft für ein Versuchsfeld der „Amflora“-Kartoffel in Brandenburg übernommen habe. Ich meine: nur wenn wir uns mit dieser Technologie sachlich auseinandersetzen und für hohe Standards sorgen, können wir auf die künftige Entwicklung Einfluss nehmen. Eine Verweigerung in Deutschland oder gar Europa wird diese Technologie nicht verhindern – aber sie wird uns von ihr abschneiden, uns jede Mitwirkung und Einflussnahme bei zukünftigen Entwicklungen nehmen.



Doris Barnett, Bio-Landwirt Norbert Schroth und Ortsvorsteher Uwe Klodt unterwegs in der Eppsteiner Gemarkung. Hier wird Gemüse für Baby-Nahrung angebaut und auf hohe Qualität Wert gelegt.

Energetische Wohnraumsanierung

Energie wird immer teurer – also sparen wir sie uns! Wenn das so einfach wäre. Aber hier in Ludwigshafen ist man schon nahe daran, diesen Satz umzusetzen. BASF, ISOVER, GAG, LUWOGÉ, die Sanitär- und Heizungsbauer, die Fensterbauer, ja das ganze Bauhandwerk arbeiten hier Hand in Hand, um die benötigte Heizenergie drastisch zu senken. Seit Jahren schon leiste ich Überzeugungsarbeit, besonders wenn ich Besucher in meine Heimat bringen kann. Zuletzt, im September 2008, konnte ich einer Delegation griechischer Abgeordneter zeigen, dass nicht nur in kalten Regionen die Heizung eingespart werden kann, sondern auch in warmen Gefilden die Klimaanlage bald ausrangiert werden könnte.

Schon im Sommer 2006 hatte ich Gelegenheit, innovative Projekte der hiesigen Wohnungsbaugesellschaften einer russischen Delegation aus St. Petersburg vorzustellen. Für die Gäste aus dem Osten war dabei nicht nur die Technologie und Bauweise interessant, sondern auch die verschiedenen Formen der Finanzierung der großen privaten und kommunalen Bau- und Sanierungsvorhaben waren auf großes Interesse gestoßen.

Im Juni 2008 besuchte ich dann im Gegenzug auf Einladung des DUMA-Ausschussvorsitzenden Viktor Pleskachewski und des stellvertretenden Ministerpräsidenten von St. Petersburg Michail Ossiewski **St. Petersburg**. Dort führte ich mit Verantwortlichen Gespräche über energetische Gebäudesanierung. Doppel- und hin und wieder Dreifachverglasung in neuen, teuren Gebäuden, Blockheizkraftwerke statt Überlandleitungen fangen an, auch dort Standard zu werden. Ludwigshafen ist in dieser Hinsicht Vorbild. Aber auch die Art und Weise, wie es in Deutschland dem Einzelnen ermöglicht wird, mit *preiswertem Geld* Sanierungen durchzuführen, bleibt nach wie vor interessant. Ich habe deshalb auch die KfW auf diesen Wunsch aus St. Petersburg hingewiesen. Die Russische Föderation hat als Energielieferant vielleicht derzeit nicht den Druck, schnell in energetische Sanierung zu gehen. Aber für die Menschen dort wäre es ein großer Fortschritt. Und die eingesparte Energie kann doch dann viel sinnvoller eingesetzt werden, z.B. in der chemischen Industrie. Das ist eine klassische „win-win-Situation“ – jeder hat etwas davon.



Doris Barnett bei der Besichtigung eines Projektes zur energetischen Sanierung eines Bürogebäudes in St. Petersburg

Energiekosten sparen

Wenn Energie teuer wird, müssen wir beim Verbrauch sparen und im Kleinen anfangen. Deshalb will ich mit meiner Initiative „**Birmentausch**“ einen Anstoß geben, über Energieeffizienz nachzudenken – und spreche damit nicht nur die Verbraucher selbst, sondern auch Vermieter, Kommunen und Wohnungsbaunternehmen an.

Aber auch neue Ideen sind gefragt: so stellt zum Beispiel die Firma Kübler Heizstrahler für Hallen bzw. Betriebsgebäude her, die zwar mit Gas betrieben werden, wegen ihrer Abstrahltechnik allerdings entscheidend weniger Energie benötigen.

Gesundheit

Zur Vorstellung der **Gesundheitsreform** war die Parlamentarische Staatssekretärin Marion Caspers-Merk im Mai 2007 auf meine Einladung hin in Oggersheim zu Gast. Im Rahmen einer offenen Mitgliederversammlung wurde intensiv diskutiert.

Mit Ärzten, Krankenhäusern und Kassen tausche ich mich in dem von mir initiierten Arbeitskreis „**Gesund im Verbund**“ aus. Dabei geht es mir vor allem um Einsparmöglichkeiten aus Sicht der Leistungsträger. Ich bin der Auffassung, dass sowohl die Gesundheitskarte als auch die elektronische Gesundheitsakte in der Zukunft nicht nur dem Bürokratieabbau hilft, sondern auch zu echten Einsparungen führen wird, weil es dann keine Doppeluntersuchungen etc. mehr geben kann.

Ein weiteres wichtiges Thema ist auch die Organisation der Pflege. Eine immer älter werdende Gesellschaft braucht mehr Pflege, auch wenn klar ist, dass nicht immer mehr Geld in das System gepumpt werden kann. Es geht nun darum, wie die Pflege am besten zu organisieren ist. Das **Pflege-Weiterentwicklungsgesetz**, das im Sommer 2008 in Kraft getreten ist, zeichnet gangbare Wege vor. Mit dem Ortsverein Großniedesheim konnte ich zu einer Informationsveranstaltung mit Sachverständigen aus AOK und AWO einladen. Auch engagiere ich mich in der Initiative „Daheim statt Heim“, bei der es um alternative Lösungen zu Heimplätzen geht. Im Rahmen eines Pflegekongresses der Friedrich-Ebert-Stiftung in Speyer unter dem Titel „**Wie viel Pflege braucht unsere Gesellschaft?**“ werde ich Anfang November 2008 zu diesem Gesetz referieren.

Mit dem Thema „**Daheim statt Heim**“ befasste sich im Mai 2008 eine Diskussionsrunde, zu der ich nach Ludwigshafen ins Café Dhom eingeladen hatte. Zusammen mit Experten und dem Publikum diskutierten wir, wie barrierefreies Wohnen in der Stadt für ältere Menschen gut gestaltet werden kann.

Gesundheit: das ist nicht nur die Beschäftigung mit Krankheiten. Die SPD hat das Augenmerk verstärkt auf Prävention und eine gesunde Lebensführung gelenkt. Für die Aktion **MOBILIS**, ein *Abspeck-Programm*, bei dem Ärzte, Ernährungsberaterinnen und -berater und Sportfachleute zusammenarbeiten, hat sie im Wahlkreis die Patenschaft übernommen.

Frankenthal bewegt sich!

In Frankenthal hat Doris Barnett im August 2006 die Aktion „3000 Schritte“ organisiert. Dadurch sollten Menschen angeregt werden, täglich mindestens 3000 Schritte zu Fuß zurück zu legen und damit etwas für die Gesundheit zu tun. Trotz Regen kamen viele zu einem Rundgang durch die Marinesiedlung – und eine Nordic-Walking-Gruppe legte in der gleichen Zeit eine deutlich längere Strecke zurück



Rente

Mit **Walter Riest** konnte ich einen **der** Renten-Sachverständigen der Republik in den Wahlkreis holen. Auch bei anderen „vor Ort“-Veranstaltungen kamen weitere Bundestagsabgeordnete in den Wahlkreis, vor allem auch zu den Betriebsratskonferenzen. Insgesamt kann gesagt werden, dass das Renten-Thema zwar in der Öffentlichkeit äußerst kritisch diskutiert wurde, schlussendlich aber wohl die meisten bisher gut mit ihren Renten auskommen. In meiner Sprechstunde haben eher Fragen der Alters-Teilzeit und des Vorruhestandes eine Rolle gespielt.



Doris Barnett, Walter Riest und der Sozialdezernent der Stadt Ludwigshafen, Wolfgang van Vliet, im Gespräch am Rande einer Veranstaltung.

Verkehr / Post

Immer wieder gibt es Anliegen, die viele Menschen unmittelbar betreffen. Sei es der verzögerte Ausbau eines S-Bahnhofs, die Lärmbelastung in einem bestimmten Gebiet oder die Tatsache, dass die Post lang vertraute Postfilialen schließt. Es ist selbstverständlich, dass ich diese Probleme ernst nehme und in Berlin bei den zuständigen Stellen vorstellig wurde. Die Probleme aus dem Wahlkreis sind dadurch verstärkt wahrgenommen worden: dem Vorstandsmitglied Maschke von der Post AG war der Ärger rund um die Schließung der Postfiliale Oggersheim sehr wohl präsent, als er sich mit der SPD-Arbeitsgruppe Wirtschaft in Berlin traf. Ein Erfolg des Zusammenwirkens von Politikern auf Bundes- und Landes- und kommunaler Ebene ist der geplante Pfalzmarkt-Autobahnanschluss an die A 61 bei Dannstadt-Schauernheim. In der vergangenen Wahlperiode brachte ich den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Stephan Hilsberg nach Dannstadt-Schauernheim, und ich konnte durch ständiges Nachfassen endlich feststellen: jetzt geht es los!

Dass Güter auf die Bahn gehören und nicht in endlosen Lkw-Schlangen auf die Straße, ist für mich selbstverständlich. Allerdings dürfen dabei die berechtigten Interessen der Anlieger an Schienentrassen nicht unberücksichtigt bleiben. Das Kombi-Terminal Ludwigshafen wird das größte in Deutschland sein. Für die Menschen, die an der Strecke wohnen, muss allerdings etwas getan werden. Als sie ihre Häuser dort bauten bzw. kauften, fuhren vielleicht 20 Züge pro Tag bei ihnen vorbei. Nach dem Ausbau werden es 120 oder vielleicht mehr sein. Das ist schon ein quantitativer und somit auch qualitativer Unterschied! Leiseres rollendes Material wird bereits von der Bahn verwendet – aber das kann nicht für alle Chassis sofort gelten, da die Umrüstung teuer ist und dauert. Bis die Güterwaggons aus dem europäischen Ausland umgerüstet sind, wird es noch einige Zeit dauern. Zwar hat auch hier die Europäische Union ein Umrüsten beschlossen – wegen der damit verbundenen Kosten aber längere Übergangszeiten vorgesehen.

Kinder und Jugend

Für die SPD hat dieses Thema besonderes Gewicht. Inzwischen haben sogar die konservativen Koalitionspartner eingesehen, dass **Kinderbetreuung** ab dem ersten Lebensjahr und **Ganztagschulen** wichtig sind. Und zwar nicht nur für die Eltern, sondern auch und vor allem für die Kinder, die dabei von klein auf gefördert werden und auch soziales Verhalten einüben können. Das von uns initiierte **Elterngeld** ist ein Erfolg. So sind aufgrund der Initiative der SPD die Weichen in eine gute Zukunft für unsere Kinder gestellt. Dass dabei Rheinland-Pfalz und auch Ludwigshafen mit seinen „Mama-Kursen“ auch Pate gestanden haben, ist nicht zufällig!

Damit Jung und Alt Kontakt haben und sich gegenseitig unterstützen können, hat die SPD-Fraktion schon lange Aktivitäten entwickelt. Aktuell zeigt sich das in der Gründung vieler Mehrgenerationen-Häuser in der Bundesrepublik. Ich bin froh, die Patin des Ludwigshafener Mehrgenerationenhaus sein zu dürfen.

Wie es auf dem Bildungsweg weiter geht, dafür sorgen die Schulen. Jede Klasse, die ein Gespräch mit mir führen möchte, erhält einen Termin, auch wenn es wegen des engen Terminkalenders hin und wieder etwas dauert. Die jungen Menschen diskutieren mit großem Interesse, aber auch mit viel Sachkenntnis. Manche Klassen fragen an, ob ich Zeit habe zu einem Gespräch mit ihnen im Deutschen Bundestag, wenn sie eine Klassenreise nach Berlin planen. Meistens kann ich das einrichten, aber wenn ich einmal nicht da sein kann, übernehmen meine Mitarbeiter diesen Part und führen mit den Schülerinnen und Schülern eine politische Diskussion.

Bei politischen Diskussionen darf nicht vergessen werden, die **Jusos** zu erwähnen, die mit mir zwar manch heißes Wortgefecht führen, in den vielen Wahlkämpfen aber vertrauensvoll zusammen arbeiten.

Wenn Kinder Probleme haben, ist besondere Fürsorge gefragt. Mit der Elterninitiative zum Erhalt der **Kinderkrebstation des St. Anna-Stifts** stand ich in engem Kontakt, und ich konnte den Eltern bei der Lösungsfindung helfen.

Die **Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing**, konnte ich nach Frankenthal begleiten. In der offenen Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins zeigte sich, dass Alkoholkonsum bei den Jugendlichen immer stärker um sich greift und es wichtig ist, dass die Erwachsenen, in allererster Linie die Eltern, sich engagieren.

Auch an der von der Europa-Union initiierten Reihe „**Europa in der Schule**“ nehme ich regelmäßig teil. So engagierte ich mich auch während der deutschen Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2007 als Referentin in einem Schülerprojekt.

Ich diskutiere mit den Schülerinnen und Schülern über die Europäische Union, besonders aber zu Themen wie Doppelte Staatsbürgerschaft, Mitgliedschaft der Türkei in der EU, Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Diese Termine sind mir wichtig, denn die Schüler von heute sind die Bürgerinnen und Bürger Europas von morgen. Durch meine Mitgliedschaften in den internationalen Gremien habe ich Erfahrung mit länderübergreifender Zusammenarbeit und möchte diese auch weitergeben. Die Jugendlichen bekommen die Möglichkeit, ihre Fragen und Meinungen direkt an mich zu richten, und ich kann ihre Anregungen z.B. mit nach Straßburg zur parlamentarischen Versammlung des Europarats nehmen.

Für das Projekt „**Jugend denkt Europa**“ stand ich 2008 Pate. In einer länderübergreifenden Aktion arbeiten hier Jugendliche aus Deutschland und Slowenien daran, Ideen für die Zukunft der europäischen Union zu entwickeln.

Doris Barnett (zweite von links) als Projektpatin bei der Abschlussveranstaltung von „Jugend denkt Europa“ im Ludwigsbafener Kulturzentrum „dasHaus“ (neben ihr der MdEP Lehner; ganz rechts die Kulturdezernentin der Stadt Ludwigsbafener, Frau Prof. Reifenberg).



Bürger-Engagement und Ehrenamt

Politische Arbeit gründet sich in der Hauptsache auf das Engagement vieler überzeugter Parteimitglieder. Sie sind es, die die Hauptlast der Wahlkämpfe tragen. Ohne ihren Beitrag, sei er noch so klein, könnte politische Arbeit in Bund und Land nicht funktionieren. Aus diesem Grund bin ich so oft an der Basis, bei Veranstaltungen und Festen der Ortsvereine. Ich empfinde es als Ehre, wenn ich gebeten werde, die Ehrung für langjährige Mitgliedschaft vorzunehmen.

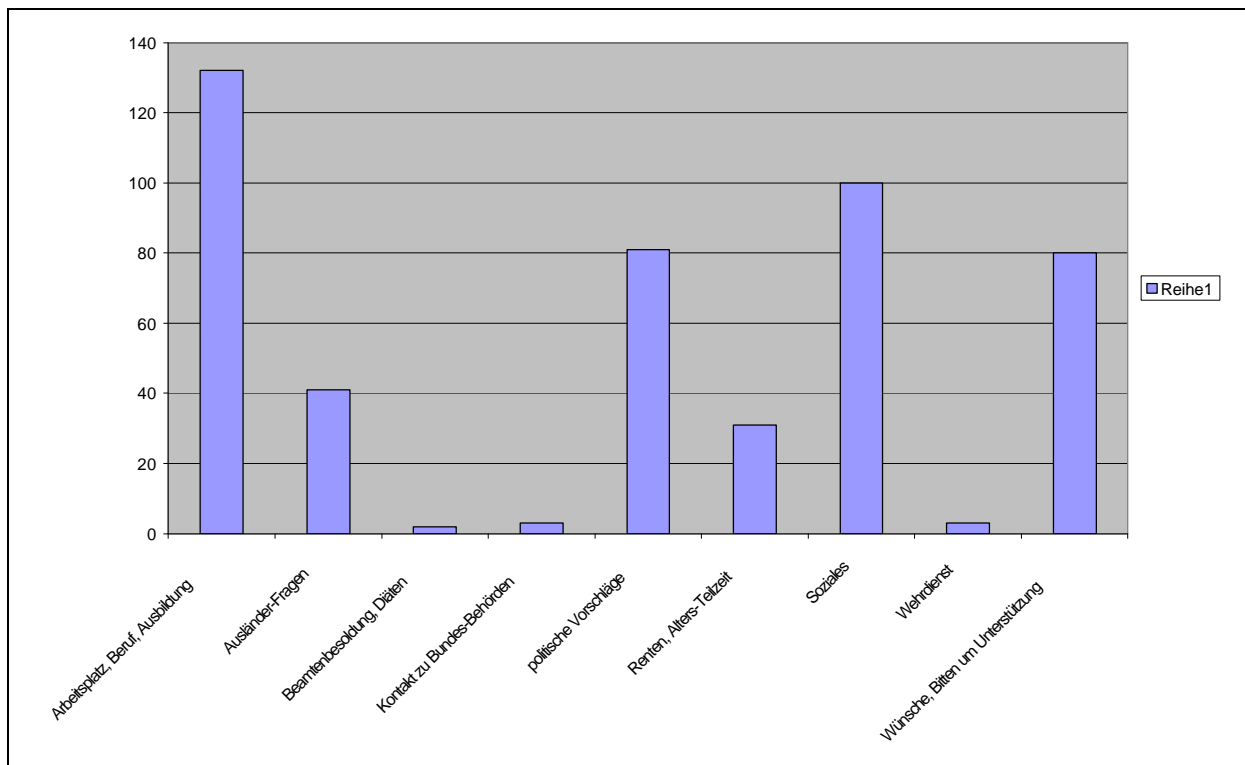
Gleiches gilt für Einladungen aus den verschiedensten Vereinen. Leider kann ich nicht überall dort sein, wo ich eingeladen bin. Es macht mir aber Spaß, dass es mir immer wieder gelingt, geeignete Kandidaten für den Bürgerpreis vorzuschlagen, den die Sparkassen zusammen mit dem Deutschen Bundestag vergeben. Im Jahr 2006 erhielt den Preis der „Kultur Rhein-Neckar e.V.“, den ich vorgeschlagen hatte. Im Jahr 2007 wurde unter dem Motto „sportlich aktiv“ der 20-jährige Fußball-Nachwuchstrainer Timo Münch geehrt. Auch für andere Auszeichnungen wie zum Beispiel den „einheitspreis“ habe ich Vorschläge gemacht.

Doris, kannst Du mir helfen?

Das Bürgerbüro in der Ludwigshafener Maxstraße ist meine Basis der direkten Arbeit für Bürgerinnen und Bürger. Hier melden sich Menschen, die mir ein politisches Anliegen vortragen wollen. Und es kommen auch viele, die in einer persönlichen Sache Hilfe oder Unterstützung suchen.

Die meisten Fälle werden von meinen Mitarbeiterinnen im Büro betreut und bearbeitet. Oftmals reicht es zu wissen, an welcher Stelle über einen Antrag entschieden wird, um in eine Sache Klarheit zu bringen. Ein anderes Mal sind langwierige Schriftwechsel erforderlich, um jemandem zum Erfolg in seiner Sache zu verhelfen. Und schließlich ist es so, dass nicht immer im Sinne der Hilfesuchenden entschieden werden kann. Da soll jemand aus einem exotischen Land zu einem Besuch seiner Familie kommen und darf nicht; aber auch aus der Türkei kann nicht einfach jede Person einreisen. Es kommt jemand, der Schwierigkeiten mit dem Vermieter hat, und viele rufen an, weil sie eine Wohnung suchen – viele Anrufe werden so schnell positiv erledigt, dass sie in der nachstehenden abgebildeten Grafik gar nicht berücksichtigt sind. Zu dem Bereich Soziales kamen außerdem noch Fragen zum Kindergeld bzw. Elterngeld und Probleme mit Arbeitsamt und GfA. Die meisten Anliegen betrafen jedoch den Arbeitsplatz oder den Beruf sowie Ausbildung und auch Ausbildungsmöglichkeiten.

In den folgenden Sachgebieten wurde die Unterstützung des Bürgerbüros gesucht:



Die Möglichkeit, seiner Abgeordneten schnell noch eine E-Mail zu schicken, wenn man ihr gern etwas mitteilen möchte, hat ihren Tribut gefordert. Manchmal sind über 100 Mails über Nacht auf dem Rechner. Auch hier gilt: Jede ernst zu nehmende Anfrage wird beantwortet. Viele haben sich zum Thema Datenschutz bei mir zu Wort gemeldet. Ebenso haben das Büro Mails zur Gesundheitsreform und zum Bericht des Bundesrechnungshofes erreicht. Anfragen und Anmerkungen zur aktuellen Politik von Parteifreunden und Bürgern aus dem Wahlkreis finden sich nicht nur auf dem Abgeordneten-Rechner; zum Beispiel stellen Bürger sie auch auf die Plattform www.abgeordnetenwatch.de, wo die Antworten dann öffentlich eingesehen werden können. Leider sind nicht alle der dort kommenden Fragen geeignet, ernsthaft erörtert zu werden.

Einige der Anfragen wurden aus dem Wahlkreis auch nach Berlin weitergegeben, weil die Experten in den Ministerien diese besser beantworten können. Sechzehn Anfragen aus dem Wahlkreis wurden von den Bundesministerien für Justiz, Arbeit und Soziales, Gesundheit, Finanzen, Verkehr und Wirtschaft auf meine Bitte hin bearbeitet.

Sommertouren



Um die Gemeinden, die Betriebe und Einrichtungen in meinem Wahlkreis einmal von einer anderen Seite zu sehen, unternahme ich seit zwei Jahren eine Sommertour, zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Auto und sogar mit dem Boot. Bei einem Besuch der Wasserschutzpolizei Ludwigshafen stand in diesem Jahr nämlich auch eine Fahrt mit dem Wasserschutzboot auf dem Programm.

Der Erfolg dieser Sommertouren ist auch dem engagierten Mitwirken der Ortsvereine zu verdanken, die mir immer wieder Neues zeigen. Die Genossinnen und Genossen begleiten mich auf dem Fahrrad und entdecken dabei selbst Dinge in ihren Gemeinden, die sie vorher noch nicht kannten.

Für mich sind diese sommerlichen Touren eine gute Gelegenheit, Betriebe und Unternehmen kennenzulernen und mit den Menschen vor Ort zu sprechen. Ich habe bereits zahlreiche größere und kleinere Unternehmen in Limburgerhof, Mutterstadt, Birkenheide, Maxdorf, Fußgönheim und Frankenthal besucht und mich mit den Eigentümern und Mitarbeitern ausgetauscht. Dabei konnte ich viele neue Eindrücke gewinnen und Anregungen der Unternehmer und Einzelhändler mit nach Berlin nehmen.

Der Besuch von sozialen Einrichtungen ist mir besonders wichtig. Gerade in Institutionen wie Mehrgenerationenhäusern, z.B. in Limburgerhof und Maxdorf, oder der Frankenthaler Stadtklinik erfahre ich viel über die Lebenssituation von Menschen. Ich möchte mich vor Ort informieren, was die Menschen in meinem Wahlkreis bewegt und was sie mir mit auf den Weg nach Berlin geben möchten.

Griechische Parlamentarier im Wahlkreis

Als Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe ist mir an einem guten Kontakt zwischen den beiden Parlamenten gelegen. Im Mai war ich mit einer Parlamentariergruppe des Bundestages in Griechenland, vor kurzem erfolgte der Gegenbesuch der griechischen Kolleginnen und Kollegen. Ich meine, es nützt uns in Europa wenig, wenn nur die Regierungschefs vertrauensvoll zusammenarbeiten. Genauso wichtig ist eine gute Zusammenarbeit der Parlamentarier. Schließlich entscheiden wir in den Parlamenten über Regelungen und über Geld.

Doris Barnett mit Philippos Petsalnikos, Vizepräsident des griechischen Parlaments und Vorsitzender der Griechisch-Deutschen Freundschaftsgruppe, bei ihrem Besuch in Griechenland im Mai diesen Jahres. Philippos Petsalnikos war in der Zeit, in der er Minister eines griechischen Kabinetts war, mehrfach in Ludwigshafen und besuchte die Mitglieder der P.A.S.O.K, der griechischen sozialistischen Partei im Rhein-Neckar-Dreieck. Das Bild zeigt den See bei Kastoria, dem Wahlkreis von Philippos Petsalnikos, im Norden Griechenlands.



Es war mir ein wichtiges Anliegen, die griechischen Parlamentarier in meine Heimat zu führen, bevor das Berliner Programm begann. Ihr Vorsitzender Philippos Petsalnikos ist derzeit stellvertretender Parlamentspräsident.

So brachte ich den Abgeordneten nicht nur pfälzische Sehenswürdigkeiten wie den Speyerer Dom oder das Schweigener Weintor näher, sondern ich freute mich, ihnen z.B. die Privatbrauerei Mayer in Oggersheim zeigen zu können; vom Chef der Brauerei, Frank Mayer, persönlich gab es zum Abschluss eine Bierprobe. Mit der Delegation besuchte ich die Gemeinde Limburgerhof, wo Bürgermeister Dr. Peter Kern und Landrat Werner Schröter uns herzlich empfingen. Auch in Ludwigshafen stand ein Empfang bei der Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse und dem Stadtkämmerer Wilhelm Zeiser auf dem Programm, in Frankenthal begrüßte Oberbürgermeister Theo Wieder die Gäste aus Griechenland.

Das umfangreiche Programm umfasste viele wichtige Politikfelder, die mir besonders am Herzen liegen. Die Bedeutung von guter Pflege, die ausreichend finanziert werden muss, konnten die Gäste im Pflegeheim „Hans Bardens“ in der Gartenstadt erkennen und Details vom Sozialdezernenten, Wolfgang van Vliet erfahren. Die Förderung jugendlicher Arbeitsloser und die Bemühungen, ihnen bei der Jobsuche und Qualifikation zur Seite zu stehen, wurden beim Besuch des Zentrums für Arbeit und Bildung in Frankenthal deutlich.

Besonders interessant war für die griechischen Abgeordneten der Besuch im Agrarzentrum der BASF in Limburgerhof, wo sie sich über die Möglichkeiten der Bio-Technologie und des Pflanzenschutzes informierten.

Dies gilt auch für die energetische Wohnraumsanierung, für die ich mich schon lange stark mache. Bei einem Besuch der Luwoge konnten sich die Gäste ein gutes Bild davon machen, wie viel Heizenergie durch Gebäudesanierung eingespart werden kann. Bisher gibt es hauptsächlich Pilotprojekte in kalten Gegenden, ich möchte auch beweisen, dass die Ludwigshafener Produkte Häuser in warmen Regionen gut klimatisiert halten.

Ich setze mich dafür ein, dass die Gebiete, auf denen wir gut und stark sind, in ganz Europa Beachtung finden. Deshalb ist es mir wichtig, die erfolgreichen und innovativen Produkte und Ideen aus meinem Wahlkreis auch anderen näher zu bringen. Unsere Zukunft liegt in der europäischen Zusammenarbeit, und wenn wir hier moderne Strategien haben, die Probleme der Zukunft anzugehen, sollten wir diese auch weitervermitteln.

Im direkten Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern zeigte sich die Verbundenheit aller Europäer: die Mitglieder der griechischen Delegation waren besonders interessiert, aus welchen Ländern Europas die Menschen stammten, die sie trafen, beispielsweise im Café.

Praktikantinnen und Praktikanten

Die Förderung von politisch interessierten jungen Menschen ist mir ein großes Anliegen. Deshalb freue ich mich, dass auch in dieser Wahlperiode meine Praktika wieder sehr gefragt waren.

Eine Besonderheit des Deutschen Bundestages ist das Internationale Parlaments Stipendium **IPS**. Junge politisch vorgebildete Menschen begleiten die Abgeordneten 5 Monate lang bei ihrer Arbeit, um die Funktionsweise des Deutschen Bundestages kennenzulernen und somit eine Vorstellung davon zu bekommen, wie Politik in anderen Ländern funktioniert.

Eine Woche verbringen die Stipendiaten jeweils im Wahlkreis. Zusammen mit mir besuchen sie Ortsvereinssitzungen, begleiten mich zu Veranstaltungen von Vereinen, Feierlichkeiten und Firmenbesuchen und erhalten zudem eine Stadtführung. Meistens geht es auch in die nähere Umgebung. So lernen sie Land und Leute auch außerhalb der Bundeshauptstadt Berlin kennen.

Während des 16. Bundestages betreute ich zusammen mit meinen Büros in Berlin und Ludwigshafen:

- 2005 Stephen Milder aus den USA
- 2006 Erin Hafer aus den USA
- 2007 Kinga Kiss aus Ungarn
- 2008 Jana Kostrabova aus der Slowakei.

Neben den Praktikanten des IPS gibt es immer wieder Bewerbungen von Studentinnen und Studenten, aber auch von Schülern der Gymnasien im Wahlkreis, die sich für ein Praktikum bewerben. Manches Praktikum findet im Wahlkreisbüro statt, während der üblichen Öffnungszeiten, die zeitlich beschränkt sind. Jene Interessierten allerdings, die unbedingt die Arbeit in Berlin kennen lernen wollen, sich dafür bewerben und sich auch selbst in Berlin unterbringen können, erleben eine Zeit in Berlin praktisch ohne Feierabend. So gut wie alle haben nach diesem Praktikum ihre/seine Vorstellungen von der Arbeit eines Abgeordneten relativiert, nachdem sie/ er täglich abends todmüde ins Bett gefallen war. Ich sage den jungen Menschen immer: Eine Woche Berlin ist, als müsste man ein 15-Gänge-Menü in einer Stunde zu sich nehmen und verdauen – das liegt dann schon heftig im Magen und braucht etwas Zeit, um sich zu setzen.

Parlamentarisches Patenschaftsprogramm

Am Parlamentarischen Patenschaftsprogramm PPP des Deutschen Bundestages konnte ich nur in dem Stipendienjahr 2007/ 2008 teilnehmen. Dieses Programm bietet jungen Menschen (Schülern oder gerade ausgereisten Auszubildenden) die Chance, auf Kosten des Bundestages ein Jahr in den

USA zu verbringen. An diesem Programm beteiligen sich fast alle Abgeordnete – aber nur wenige Plätze werden nach einem harten Auswahlverfahren vergeben, so dass man nicht jedes Jahr einen solchen für den Wahlkreis „holen“ kann. Ich war dieses Mal Patin für Roberto Schneider aus Ludwigshafen-Rheingönheim.

Jugend und Parlament

Im Rahmen der Aktion „Jugend und Parlament“ konnte Daniel Simons aus meinem Wahlkreis im Jahr 2007 nach Berlin fahren. Er nahm dort an einem dreitägigen Planspiel teil, bei dem Jugendliche die parlamentarische Arbeit und den Gesetzgebungsprozess kennenlernen können.

Besucherinteresse: Berlin ist Spitze!

Das Interesse von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis an politischen Reisen nach Berlin steigt immer weiter an. 4.400 Besucher kamen seit dem 18. Oktober 2005 aus Ludwigshafen, Frankenthal und dem Rhein-Pfalz-Kreis, um sich über die Arbeit im Parlament zu informieren. Die Wartelisten im Bürgerbüro werden immer länger. Um alle Wünsche erfüllen zu können, wird es noch Jahre dauern, aber viele der Interessierten haben dafür Verständnis. Das große Interesse legt nahe, dass von Politikverdrossenheit nichts zu spüren ist, wenn man die Bürgerinnen und Bürger gut informiert. Sie verlangen immer mehr nach ungefilterten Informationen aus erster Hand. Sie wollen aber auch über ihre Sorgen und Probleme sprechen können und sind besonders für fundierte Informationen und Sachaufklärung dankbar.

Berlin bietet mit seinen zahlreichen Museen, Ausstellungen, Messen, Konzerten und anderen Highlights mehr als bloß die Behörden einer Bundeshauptstadt. Deswegen melden sich neben Schülergruppen, die sich oft sehr gut vorbereitet haben, auch Vereine und Seniorengruppen, Frauen, ganze Familien und Einzelpersonen in meinen Büros in Berlin oder in Ludwigshafen. Sie wollen neben anderen Unternehmungen, die sie in Berlin vorhaben, gerne auch das politische Berlin kennenlernen. Und wie wäre das besser als mit sachkundigen Erläuterungen, am besten durch die eigene Abgeordnete! Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden meistens eine Lösung, die ein Treffen mit mir möglich macht.



Eine Gruppe von Naturfreunden aus dem Senegal in der Reichstagskuppel.

Das Interesse an den Reisen des Bundespresseamtes für politisch Interessierte, die neben der aktuellen Politik vielfältige Einblicke in die politische Geschichte der Bundesrepublik eröffnen, ist nach wie vor überwältigend.

Zuhören können, Menschen ernst nehmen, zum Wort stehen – das weckt Vertrauen. Nach dieser Devise arbeite ich seit Jahren im Wahlkreis und kann mich dabei auf meine Ortsvereine verlassen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Im Vertrauen auf weitere gute Zusammenarbeit im Wahlkreis freue ich mich auf einen engagierten Wahlkampf!

Donis Dauder



Tätigkeitsbericht Doris Barnett MdB
Vorgelegt der Wahlkreiskonferenz für den 17. Deutschen Bundestag
Wahlkreis 208 Ludwigshafen/ Frankenthal am 22. Oktober 2008

www.doris-barnett.de

Impressum:

Büro Berlin: Doris Barnett MdB,
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227 720 72,
Fax: 030 227 760 72
e-mail: doris.barnett@bundestag.de
Inge Janzen, Jens Kaschinski, Matt Martinez

Wahlkreis: Bürgerbüro Doris Barnett,
Maxstraße 65
67059 Ludwigshafen
Tel.: 0621 51 80 16,
Fax: 0621 51 33 40
e-mail: doris.barnett@wk.bundestag.de, doris.barnett@wk2.bundestag.de

**Alis Hoppenrath, Ursula Kuntz, Julia Troubal
Heidi Hänsel, Natascha Röhr, Helmut Gräser**